

<https://krisenfrei.com/faeser-und-paus-wollen-demokratie-nach-art-der-ddr-herbeifoerdern/>

[StartseiteAllgemein](#) Faeser und Paus wollen Demokratie nach Art der DDR herbeifördern

Faeser und Paus wollen Demokratie nach Art der DDR herbeifördern

6. Februar 2024 [dieter Allgemein 0](#)

von [Norbert Häring](#)

Ist man eigentlich noch bei klarem Verstand, wenn man behauptet, dass es die Demokratie fördert, **wenn die Regierung per „Demokratiefördergesetz“ ermächtigt und beauftragt wird, Geld an behördlich ausgewählte „zivilgesellschaftliche“ Organisationen zu geben, damit diese Oppositionsparteien und oppositionelle Medien bekämpfen?** Die (wohl mangels ausreichender Demokratieförderung) in den Hessenwahlen krachend gescheiterte Bundesinnenministerin Nancy Faeser meint Ja.

Im Dezember 2022 hatten Faeser (SPD) und die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus (Grüne) den **Entwurf eines Demokratiefördergesetzes vorgestellt**, mit dem „Populisten und Extremisten“ bekämpft werden sollen, die „versuchen besonders in Krisenzeiten, unsere offene, plurale Gesellschaft zu spalten“.

Bisher haben sie dafür zum Glück keine Mehrheit im Bundestag zustande gebracht. Doch nun, angesichts der Demonstrationen gegen die AfD, wittert Faeser Morgenluft und versucht es erneut.

Die *Welt* [schreibt](#), Faeser dringe „vor dem Hintergrund des Kampfes gegen den Rechtsextremismus“ auf eine schnelle Verabschiedung des von ihr vorgelegten Demokratiefördergesetzes. **Unzählige demokratiestärkende zivilgesellschaftliche Initiativen müssten dauerhaft und verlässlich (von der Regierung) unterstützt werden.**

Der [Gesetzentwurf](#) sieht vor, dass die behördlich auszuwählenden (§7) Organisationen mit Steuergeld dabei unterstützt werden, so vage bis gar nicht definierte Untaten zu bekämpfen, wie „Hass und Hetze im Netz“, „Desinformation“, „Verschwörungsideologien“, „Wissenschaftsleugnung“ und Delegitimierung des Staates. Viele dieser Begriffe lassen sich mit Kritik an der Regierung oder Widerspruch gegen Regierungsnarrative übersetzen, was die zugrundeliegenden Aktivitäten zu Kernbestandteilen einer funktionierenden Demokratie macht. Trotzdem sei ihre Bekämpfung mit Staatsmitteln nötig, um „eine demokratisch verfasste, offene, pluralistische, freie und vielfältige Gesellschaft“ zu bewahren.

Ich weiß, jetzt werde ich wieder Mails von Lesern bekommen, die sich dagegen verwahren, die ehemalige DDR zu beleidigen, indem ich sie mit solchen Zuständen und Plänen in einen Topf werfe. Trotzdem drängt sich mir der Vergleich auf, wenn die Regierung ein Gesetz verabschieden will, das ihr das Recht und die Pflicht gibt, Organisationen dafür zu bezahlen, dass sie regierungsfreundliche Demonstrationen organisieren und jegliche Opposition und Kritik an der Regierung zu bekämpfen, wahlweise unter dem Rubrum „Delegitimierung des Staates“, Hetze, Verschwörungsideologie, Desinformation oder Wissenschaftsleugnung.

Demokratie ist, wenn die Regierungspolitik sich nach den Wünschen der Bürger richtet. **Regierungspropaganda ist, wenn die Regierung die Wünsche der Bevölkerung im Sinne der eigenen Ideologie und Politik manipuliert. Sie dient der Aushöhlung von Demokratie, nicht der Bewahrung.** Entsprechend wäre das geplante Gesetz treffender mit **Demokratieaushöhlungsgesetz** bezeichnet.

Was für demokratiefeindliche Zustände mit so einem Gesetz legitimiert werden, hat [der Skandal](#) um das vom grünen Paus-Ministerium äußerst großzügig geförderte Projekt der grünennahen **Stiftung Liberale Moderne** mit dem Titel „Gegneranalyse“ gezeigt. **Es zielte darauf ab, regierungskritische Medien wie die *Nachdenkseiten* (Gegner) zu diffamieren und zu delegitimieren.**

Das ist allerdings nur die Spitze eines Eisbergs an Einsatz von Steuergeld für den Einkauf von Unterstützung für die Regierung durch „zivilgesellschaftliche“ Organisationen, wie jüngst ein Bettelbrief von einem halben Hundert derselben an die Regierung unfreiwillig offengelegt hat.

Die „Zivilgesellschaft“ offenbart sich mit einem Bettelbrief als Werkzeug der Mächtigen

19. 12. 2023 | Die Haushaltssperre der Bundesregierung hat 56 „zivilgesellschaftliche“ Organisationen, die sich einer speziellen Form der Demokratieförderung verschrieben haben, zu einem gemeinsamen Bitt- und Protestbrief an die Regierung motiviert. Damit legen diese angeblichen „Nichtregierungsorganisationen“ offen, dass sie für ihre Arbeit des Diskreditierens und Cancelns von regierungskritischem Gedankengut bisher großzügig von der Regierung bezahlt werden und davon vollkommen abhängig sind.

⇒ siehe hier:

Die „Zivilgesellschaft“ offenbart sich mit einem Bettelbrief als Werkzeug der Mächtigen

[19. 12. 2023 | Die Haushaltssperre der Bundesregierung hat 56 „zivilgesellschaftliche“ Organisationen, die sich einer speziellen Form der Demokratieförderung verschrieben haben, zu einem gemeinsamen Bitt- und Protestbrief an die Regierung motiviert. Damit legen diese angeblichen „Nichtregierungsorganisationen“ offen, dass sie für ihre Arbeit des Diskreditierens und Cancelns von regierungskritischem Gedankengut bisher großzügig von der Regierung bezahlt werden und davon vollkommen abhängig sind.](#)

In dem [offenen Brief](#) vom 12. Dezember mit dem Titel: „**Eine unterfinanzierte Zivilgesellschaft gefährdet die Demokratie**“ heißt es:

„Viele der vom Bund geförderten Demokratieprojekte werden Mitarbeitende entlassen müssen. Der Grund dafür ist die Ausgabensperre und der noch nicht verabschiedete Haushalt 2024 der Bundesregierung, die die Auszahlung der zugesagten Förderungen für die Projekte bis auf weiteres auf Eis legt. Viele der Projekte haben nicht die Ressourcen, um Gehälter vorzufinanzieren. Es droht das Sterben einer zivilgesellschaftlichen Landschaft, die sich seit Jahren überall in diesem Land für die Stärkung und Verteidigung der Demokratie, die Förderung von Medienbildung und Medienkompetenz, für Vielfalt sowie gegen digitale Gewalt und Desinformation engagiert. Dabei ist unsere Demokratie so stark bedroht wie noch nie - durch den Rechtsextremismus, durch die Vertrauenskrise, durch Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus und Queerfeindlichkeit sowie durch Angriffe auf Amts- und Mandatsträger und -trägerinnen.“

Unterschieden hat unter anderem der *Volksverpetzer*, eine Netzseite zur persönlichen Verunglimpfung von jedem als rechts, Nazi oder xyz-feindlich, der dem politischen Mainstream quer kommt. Mit seiner Unterschrift bezichtigt sich der Volksverpetzer indirekt selbst der Lüge, wie der *Anti-Spiegel* aufdeckt, über dessen [Beitrag](#) ich auf diesen Vorgang aufmerksam wurde. Denn der Volksverpetzer [schreibt unter](#) „Wer finanziert uns“:

„Wir sind finanziell vollkommen unabhängig. Ein bisschen Geld kriegen wir über Lizenzgebühren durch den Verkauf von Shirts, Tassen, Masken und Sticker in unserem Shop. Der absolute Großteil besteht jedoch aus Spenden - von unseren tollen Fans und Unterstützer:innen.“

Der Hetzblog begründet gerade damit, dass er angeblich nicht gefördert werde, warum er mit (giftigsten) Emotionen statt mit sachlichen Informationen arbeitet:

„Fake News gehen in Social Media viral, WEIL sie emotional sind. Dagegen mit rein sachlichen Informationen gegenhalten, ist ein ungleicher Kampf, den man als nicht geförderter Blog nur verlieren kann.“

Unterschieden hat auch das *Netzwerk für Demokratie und Courage*, das (laut der in Sachen identitätspolitisch-illiberale Zivilgesellschaft sicherlich nicht übermäßig kritischen Online-Enzyklopädie Wikipedia) aus einem lockerer Zusammenschluss

verschiedener Jugendorganisationen in Sachsen hervorgegangen ist. Genannt werden die DGB-Jugend, die Junge Linke.PDS, die Jusos, SJD - Die Falken, die Grüne Jugend sowie die Naturfreundejugend. Geleitet wird die Organisation von einem DGB-Regionsgeschäftsführer und einer SPD-Bundestagsabgeordneten, mit einer Jugendvertreterin der Sächsischen Landesregierung als Stellvertreterin. Eine zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisation par Excellence also.

Wikipedia definiert Zivilgesellschaft so:

„Zivilgesellschaft bezeichnet umgangssprachlich einen Teilbereich der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, in dem in Abgrenzung von Staat und Privatwirtschaft soziale Aktivitäten und Zusammenschlüsse weder der Erringung und Ausübung politischer Macht einerseits noch der Erwirtschaftung von materiellen Gütern und Profit andererseits dienen. In einem engeren Sinn bezeichnet Zivilgesellschaft also die Advocacy von Nichtregierungsorganisationen.“

Abgrenzung zum Staat und „Nichtregierungsorganisationen“ werden hier als grundlegend für Zivilgesellschaft bezeichnet. Was aber, wenn das Typische an denen, die als Zivilgesellschaft und als Nichtregierungsorganisationen auftreten und ins Schaufenster gestellt werden, gerade ist, dass sie finanziell von den politisch Mächtigen im Staat abhängig sind?

Nicht fehlen darf natürlich die von der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane geleitete [Amadeu-Antonio-Stiftung](#) mit dem Chef des Thüringer Verfassungsschutzes im Stiftungsrat, auch eine typische zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisation zur „Demokratieförderung“ durch Eingrenzung des Debattenraums und Diffamierung von Kritik an der Regierung. Die Stiftung ist u.a. in den Gremien des *Netzwerks für Demokratie und Courage*. Solche Querverbindungen gibt es einige unter den Bittstellern.

Man lernt auch von der Existenz der *Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik*, einem Verein, der mit dem Geld des grün geführten Bildungsministeriums empfängliche Lehrer dabei unterstützt, ihre Schüler, Schülerinnen und Schülerexen mit absurd übersteigter

„diskriminierungskritischer“ Gender- und Identitätspropaganda [zu belästigen](#). („Ich bin Lara, nutze keine Pronomen und möchte gern Goldschmied*in werden. Ich bin Onur. Meine Pronomen sind er/ihn. Seit einem Jahr bin ich aktiv bei den Grünen...“)

Bei dieser Auswahl will ich es belassen, nicht ohne ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass ich in der Unterschriftenliste auch auf einige Organisationen gestoßen bin, die offenbar wertvolle praktische Arbeit gegen Diskriminierung und zur Unterstützung von Diskriminierten tun.

Dennoch macht der offene Brief mit seiner Unterschriftenliste unfreiwillig deutlich, dass sich die Menschen an den Geldtöpfen des Staates zur Verbreitung ihrer Ideologie und zur Unterdrückung konkurrierender Ideologien verdeckt eines Netzwerks von abhängigen pseudo-zivilgesellschaftlichen Organisationen bedienen bei denen das Label Nichtregierungsorganisation nur der Verschleierung der völligen Abhängigkeit von der Regierung dient.

Ich denke, es ist wichtig, das zu wissen, um selbst nicht auf diese vorgespiegelte Unabhängigkeit hereinzufallen und um Andere zum kritischen Nachdenken über diese Zusammenhänge animieren zu können.

Mehr

EU-finanziertes Propagandanetzwerk Covinform blamiert sich und zwei deutsche Wissenschaftler

17. 02. 2022 | Covinform, ein Netzwerk von „Wissenschaftlern“, das Kritiker der offiziellen Corona-Politik diskreditieren soll, hat am 17. Februar per Twitter einen englischsprachigen Spiegel-Beitrag über eine „wissenschaftliche“ Studie verbreitet und sich dessen Aussage zu Eigen gemacht, wonach die Unterstützung für die AfD stark mit der Intensität des regionalen Infektionsgeschehens korreliert. Damit blamiert das Netzwerk die Studienautoren und die angeschlossenen Wissenschaftler.

Postfaktisches aus dem Wahrheitsministerium

11. 12. 2016 | Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft haben gerade auf Drängen von Berlin, Brüssel und Washington die Grundlage für umfassende Internet-Zensur gelegt. Stiftungen und Institute arbeiten an den schwarzen Listen und die Öffentlichkeit wird mit einem Trommelfeuer aus Fake-News-Hysterie und angeblichen Putin-Hacks auf die Zensurnotwendigkeit eingeschworen. Für kritische Geister wird es sehr eng, wie damals, 1984.

 Print  PDF